



Auszug aus dem Plenarprotokoll Deutscher Bundestag

Bundestagsrede von Elke Ferner (SPD) am 4. März 2010 anl. der gesundheitspolitischen Debatte über den SPD Antrag

„Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wieder herstellen“

Elke Ferner (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Das, was eben teilweise geboten worden ist, insbesondere an Rechenkünsten, kann man wirklich nur als Milchbubenrechnung bezeichnen. Ich will das an ein paar Beispielen deutlich machen.

(Johannes Singhammer (CDU/CSU): Dafür kann er ganz gut rechnen!)

Der Kollege eben sagte, wir hätten 11,8 Milliarden Euro zusätzlich im System; zusätzlich kämen 3,9 Milliarden Euro hinzu. Von den 11,8 Milliarden Euro sind aber 6,2 Milliarden Euro gar nicht zusätzlich im System. Vielmehr ersetzen sie Beiträge in Höhe von 0,6 Beitragssatzpunkten, um die abgesenkt worden ist. Insofern sollte man nicht nur die Höhe, die Quantität, sondern auch die Qualität heranziehen.

Der zweite Punkt: Die **Kopfpauschale** bleibt eine Kopfpauschale. Der Ausdruck mag Ihnen nicht gefallen, aber es verhält sich so.

(Heinz Lanfermann (FDP): Sie blamieren sich doch damit!)

Wenn Sie den gleichen Beitrag pro Versicherten nehmen, dann heißt das, der Chef zahlt zumindest für den einen Teil so viel wie seine Sekretärin.

(Heinz Lanfermann (FDP): Immer noch nicht verstanden!)

Dann bedeutet das, dass die Sekretärin, weil sie gerade so über der Grenze für den Sozialausgleich liegt, aber keine Steuern zahlt, den gleichen Betrag zahlt, während ihr Chef nicht nur weniger Krankenkassenbeitrag zahlt als vorher, sondern auch noch, wenn Sie die Steuern reduzieren, weniger Steuern zahlt und zusätzlich durch



die steuerliche Absetzbarkeit des Beitrages stärker entlastet wird, weil er einen höheren Grenzsteuersatz als seine Sekretärin hat.

(Beifall bei der SPD)

Wer jetzt behauptet, dies sei gerechter, der kann entweder nicht rechnen oder

(Jens Spahn (CDU/CSU): Ist Sozialdemokrat!)

hat ein höchst merkwürdiges Verständnis von Gerechtigkeit.

(Heinz Lanfermann (FDP): Von wem kommt denn der Steuerausgleich? Der kommt doch nicht von den Leuten, die keine Steuern zahlen!)

- Natürlich, Herr Lanfermann. Dafür müssen Sie aber zusätzlich mehr Steuermittel in die Hand nehmen, um einen sogenannten Sozialausgleich überhaupt finanzieren zu können. Wir reden immerhin über die Kleinigkeit von fast 10 Milliarden Euro, wie man so hört. Da muss man auch sagen, woher das Geld kommen soll.

(Heinz Lanfermann (FDP): Das ist aber schon ein Fortschritt! Lauterbach sagt, 46 Milliarden!)

Wenn Sie jetzt beabsichtigen, eine zusätzliche Steuer einzuführen, um das zu finanzieren, dann sagen Sie das doch.

(Heinz Lanfermann (FDP): Von Steuern verstehen wir auch nichts?!)

Sie aber setzen eine Kommission ein, die keine ist. Für das, was früher eine Ministerin gemacht hat, muss jetzt gleich ein halbes Kabinett erhalten. Weiter wird versucht, das, was wirklich Sache ist, das, was die Leute erwartet, wenn Sie Ihr Kopfpauschaliskonzept umsetzen, bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai zu verschweigen. Das ist keine verantwortliche Politik, sondern Wegducken vor den Problemen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen eines, Herr Rösler: Sie sind hier nicht Chefarzt in der Schwarzwaldklinik, sondern Sie sind Bundesgesundheitsminister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der dritte Punkt betrifft das Thema **Zusatzbeiträge**. Die Zusatzbeiträge sind nach dem Gesetz möglich. Aber wenn man nicht bereit ist, bei den Ausgaben schnell zu handeln,

(Ulrike Flach (FDP): Aber das haben Sie ja nicht getan!)



und gleichzeitig nicht dafür sorgt, dass die Einnahmen die Ausgaben zu 100 Prozent decken, dann sind die Zusatzbeiträge zwangsläufig. Derjenige, der jetzt handeln könnte - das ist der Bundesgesundheitsminister -, hat in den viereinhalb Monaten seiner Amtszeit nichts, aber auch überhaupt nichts dazu getan, die Ausgaben zu begrenzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Ulrike Flach (FDP): Und Sie in sieben Jahren nicht!)

Wer sich auch nur ein kleines bisschen im System auskennt, weiß, dass Ausgabenbegrenzungen bei den Arzneimitteln nicht mit dem Umlegen eines Schalters zu erreichen sind, sondern dass es Monate, teilweise Jahre dauert, bis ergriffene Maßnahmen sich tatsächlich in geringeren Kosten ausdrücken.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Ferner, Herr Lanfermann würde gern Ihre Redezeit durch eine Zwischenfrage bereichern.

Elke Ferner (SPD):

Ja, gerne.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Heinz Lanfermann (FDP):

Frau Kollegin Ferner, nachdem Sie gerade hier die Vermutung geäußert hatten, den Bürgern werde irgendetwas vor der Landtagswahl nicht bekannt, darf ich Sie fragen: Sind Sie denn bereit, nachdem Sie hier diesen Antrag vorgelegt haben, in dem nur der eine Satz steht, Sie wollten eine solidarische **Bürgerversicherung**, wie Sie sagen, uns einmal rechtzeitig vor der Wahl am 9. Mai in Nordrhein-Westfalen im Einzelnen zu erklären, wie die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage aussehen soll? Welche Elemente außer dem Prozentsatz vom Lohn der Arbeitnehmer sollen, um diese Bürgerversicherung zu finanzieren, von allen Bürgern erhoben werden? Was ist insbesondere mit Einkommen aus Zinsen oder Mieten?

Elke Ferner (SPD):

Herr Kollege Lanfermann, da Sie nicht erst seit gestern im Gesundheitswesen unterwegs sind, dürfte Ihnen das Konzept der SPD zur Bürgerversicherung bekannt sein.



(Jens Spahn (CDU/CSU): Nein! Kennt kein Mensch! - Max Straubinger (CDU/CSU): Sie sagen doch selbst, dass Sie eines vorlegen werden!)

Es gibt dazu eine Veröffentlichung des SPD-Parteivorstandes, und zwar aus dem Jahr 2005, wenn ich mich richtig erinnere.

(Jens Spahn (CDU/CSU): Mit Zahlen?)

- Mit Zahlen, werter Herr Spahn.

(Dr. Karl Lauterbach (SPD): 75 Seiten! - Jens Spahn (CDU/CSU): Erzählen Sie mal!)

- Wir reden jetzt über das Jahr 2005. Erstens soll für sonstige Einkünfte zunächst einmal ein Freibetrag gelten, nämlich unten. Der **Sparerfreibetrag**, der damals gegolten hat, war schon recht hoch. Bei den jetzigen Zinssätzen muss man schon ordentlich Vermögen haben, um Zinsen zu generieren, mit denen man über die Freibeträge kommt, sprich: dass man überhaupt etwas zahlen muss.

Wenn Sie sich richtig erinnern - ich weiß nicht, ob Sie das können, Herr Lanfermann -, werden Sie mir recht geben, dass das Thema **Mieteinkünfte** in unserem Konzept keine Rolle gespielt hat.

(Johannes Singhammer (CDU/CSU): Bleibt es dabei? Oder ändern Sie das jetzt?)

Das Thema Mieteinnahmen hat in der Diskussion eine Rolle gespielt, im endgültigen Konzept und in dem Beschluss dazu aber nicht mehr.

(Johannes Singhammer (CDU/CSU): Und jetzt? Was gilt jetzt? - Jens Spahn (CDU/CSU): Wie viel Geld bringt Ihr Konzept?)

Jetzt wollen wir einmal sehen, was es bedeutet, wenn Sie Ihr Konzept durchsetzen.

(Max Straubinger (CDU/CSU): Sie haben gesagt, Sie legen ein Konzept vor!)

Ihr Konzept heißt: Der Arbeitgeberbeitrag wird dauerhaft festgeschrieben. Das heißt, die Arbeitgeber sollen auch in Zukunft nicht mehr als 7 Prozent bezahlen.

(Heinz Lanfermann (FDP): Sie antworten ja gar nicht auf meine Frage!)

- Sie müssen schon mir überlassen, wie ich auf Ihre Frage antworte, Herr Lanfermann. So viel Freiheit würde ich von einem Liberalen doch erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Heinz Lanfermann (FDP): Ich habe nach Ihrem Konzept gefragt, nicht nach unserem! - Johannes Singhammer (CDU/CSU): Werden Mieteinkünfte eingerechnet, ja oder nein?)



Der zweite Punkt. Sie wollen, dass alle zusätzlichen Kosten - Kosten, die durch die Demografie bedingt sind, aber auch Kosten, die durch Nichtstun dieser Regierung bedingt sind - allein auf die Versicherten abgewälzt werden. Das wird dazu führen, dass die Kopfpauschale jedes Jahr steigt und dass der Bedarf an Steuerzuschüssen größer wird. Vor allen Dingen wird die Anzahl derer, die auf einen Sozialausgleich angewiesen sind, steigen.

Als wir uns damals das **niederländische Modell** angeschaut haben, haben wir hochgerechnet, wie viel Steuermittel man bräuchte, um dieses Modell auf eine Bevölkerung von 82 Millionen auszudehnen. Das ist nicht zu finanzieren. Selbst die Kollegen und Kolleginnen von der Union haben angesichts der Zahlen Fracksausen bekommen.

(Jens Spahn (CDU/CSU): So geht es ja auch nicht!)

Genauso wenig ist Ihre Kopfpauschale finanzierbar, Herr Rösler.

(Heinz Lanfermann (FDP): Das ist doch eine ganz andere Ausgangsbasis! Die Niederländer haben ganz umgestellt! Hier ist das nur teilweise der Fall!)

- Es ist keine andere Ausgangslage.

Jetzt möchte ich noch etwas zu den Zusatzbeiträgen sagen. Sie werden in keinem Protokoll eine Rede von mir zur Gesundheitspolitik finden, in der ich erklärt hätte: Zusatzbeiträge sind klasse.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Ferner, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Spahn zulassen?

Elke Ferner (SPD):

Gerne.

Jens Spahn (CDU/CSU):

Liebe Frau Kollegin Ferner, ich habe eine ganz einfache Frage - sie lässt sich mit einem Satz beantworten, und der braucht nicht einmal ein Verb -: Wann werden Sie das vom Kollegen Lauterbach - er ist, wenn mich nicht alles täuscht, gesundheitspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion, spricht also für Ihre Fraktion - angekündigte, durchgerechnete **Konzept für eine Bürgerversicherung** vorlegen? Wenn Sie sich nicht auf ein Datum einigen können: Wird das vor oder nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sein?

Elke Ferner (SPD):



Wir werden unser Konzept vorlegen, wann wir das für richtig halten.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP - Max Straubinger (CDU/CSU): Also nach der Landtagswahl! - Heinz Lanfermann (FDP): Ich glaube, das müssen Sie dann in Düsseldorf mit der Linkspartei abstimmen!)

Auf alle Fälle werden wir ein Konzept vorlegen, das gerecht finanziert ist, das solidarisch finanziert ist, wo die starken Schultern mehr tragen als die schwachen und wo vor allen Dingen die Arbeitgeber nicht aus der Verantwortung entlassen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden kein Modell für eine Kopfpauschale vorlegen, sondern ein Modell für eine Bürgerversicherung. Das Modell, das wir vorlegen,

(Jens Spahn (CDU/CSU): Wann? - Max Straubinger (CDU/CSU): Nach der Landtagswahl!)

wird durchgerechnet sein.

(Heinz Lanfermann (FDP): Das Datum hätte uns gereicht!)

Ich möchte noch ein Wort zum Sozialausgleich und zu den Zusatzbeiträgen sagen. Die **Zusatzbeiträge** sind auf Druck der Union in das Gesetz aufgenommen worden. Hier wurde eben eine Falschaussage gemacht. Mit keinem Wort stellen wir im Antrag den Verteilungsmechanismus des **Gesundheitsfonds** infrage - nirgendwo.

Falsch gelaufen ist damals allerdings - das haben uns sowohl Professor Fiedler, der von uns benannt worden ist, als auch Professor Rürup, der von der Union benannt worden ist, übereinstimmend gesagt -, dass der Sozialausgleich, der für den Zusatzbeitrag auch noch erforderlich ist, von der Union verweigert wurde.

Wo das hinführt, wenn die Union Gesundheitspolitik macht - insbesondere die CSU -, möchte ich Ihnen gerne einmal an folgendem Beispiel abschließend darlegen: Die Eingeweihten werden sich an die sogenannte **Bayern-Klausel** erinnern, die der Herr Stoiber durchgesetzt hat. Sie hat dazu geführt, dass Bayerns Kassen vorab 324 Millionen Euro aus dem Gesundheitsfonds bekommen haben, weil ja angeblich so groß umverteilt wird.

Man hat nun festgestellt, dass es gar keine Umverteilung gab. Das Geld müsste jetzt zurückgezahlt werden. Die Kassen haben das aber schon ausgegeben. Warum haben sie das ausgegeben? Ich will einmal zitieren: Was meinen Sie, was los gewesen wäre, wenn wir denen - den Ärzten - gesagt hätten, wir müssten 90 Millionen Euro auf die hohe Kante legen? - Das heißt: Sie betreiben Klientelpolitik. Es ist wieder einmal bewiesen. Genau so eine Klientelpolitik ist Ihre Kopfpauschale, die hoffentlich niemals kommen wird.



Eines ist aber schon jetzt sicher: Einer wird bei dem Thema auf alle Fälle umfallen müssen, nämlich entweder die FDP, die CDU/CSU-Fraktion, Herr Seehofer oder wer auch immer. Ohne Umfaller wird es das Ding nicht geben.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD – Jens Spahn (CDU/CSU): Sie liegen ja noch immer! - Heinz Lanfermann (FDP): Die SPD steht erst gar nicht auf!)